

Thomas Waitz

Medienwissenschaft. Eine politische Praxis?

2013

<https://doi.org/10.25969/mediarep/957>

Veröffentlichungsversion / published version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Waitz, Thomas: Medienwissenschaft. Eine politische Praxis?. In: *Zeitschrift für Medienwissenschaft*, Jg. 9 (2013), Nr. 2, S. 168–172. DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/957>.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under a Deposit License (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual, and limited right for using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute, or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the conditions of use stated above.

MEDIENWISSENSCHAFT

Eine politische Praxis?

In letzter Zeit lässt sich eine Hinwendung von Teilen der Medienwissenschaft zu Fragen der politischen Theorie verzeichnen. Zugleich stellen sich angesichts aktueller Entwicklungen Fragen des Politischen in besonderer Dringlichkeit. Was kann hier der medienwissenschaftliche Einsatz sein – und wodurch ist er begrenzt?

Die neuere politische Theorie kennzeichnet ein Antagonismus, der in vielen Texten – etwa von Chantal Mouffe, Ernesto Laclau oder Jean-Luc Nancy – in divergierender Weise und mit wechselnden Begrifflichkeiten als Leitunterscheidung gefasst wird.¹ Es handelt sich dabei um die Differenz von <Politik> auf der einen und einem <Politischen> auf der anderen Seite.² Diese überwiegend als Dichotomie begriffene Differenz erfüllt eine rhetorische Funktion dort, wo sie auf das weit verbreitete Unbehagen antwortet, dass das, was geläufig an Routinen und Anwendungen, Begründungen und Legitimationen unter dem Begriff der <Politik> gefasst wird, nicht umfänglich und abschließend zu beschreiben vermag, was <politisch> genannt werden müsste oder als <politisch> zu untersuchen wäre.

Die Frage, was eine solche Unterscheidung systematisch zu leisten vermag und ob sie für gegenwärtige Debatten überhaupt sinnvoll anzuwenden wäre, ist in der politischen Theorie gleichwohl nicht unumstritten. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass Momente des Politischen in den so argumentierenden Texten zwar vielfältig beschworen werden, dabei jedoch zumeist «gespensterhaft»³ unbestimmt bleiben, und dass politische Ereignisse – etwa bei Jacques Rancière als seltene «Unterbrechung» gedacht – zumeist so gefasst werden, dass sie auf revolutionäre Umwälzungen beschränkt bleiben. Lässt sich aber nicht auch ein Politisches denken, dass unterhalb solcher Ereignisse wirksam würde – etwa in mikropolitischen Praxen oder als Effekte medialer Verfahren, wie sie die Medienwissenschaft für Räume, Körper und Leben oder als Repräsentationspolitiken und Vorstellungen des Sozialen untersucht?

Vor allem aber liegt in der Konstruktion der zumeist *als politische Differenz*⁴ gefassten Unterscheidung die Möglichkeit, sich nur auf eines der solcherart

¹ Vgl. Thomas Bedorf, Kurt Röttgers (Hg.), *Das Politische und die Politik*, Berlin (Suhrkamp) 2010.

² So spricht Jacques Rancière von einer «Politik» in einem emphatischen Sinne, von der er eine bloße «Polizei» abgrenzt; Alain Badiou hingegen zieht eine Unterscheidung zwischen «Staat» und «Politik».

³ Vgl. Tobias Nikolaus Klass, *Das Gespenst des Politischen. Anmerkungen zur <politischen Differenz>*, in: Thomas Bedorf, Kurt Röttgers (Hg.), *Das Politische und die Politik*, Berlin (Suhrkamp) 2010, 303–334, hier: 303.

⁴ Oliver Marchart, *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*, Berlin (Suhrkamp) 2010.

konstituierten Felder zu beziehen und das andere auszublenden. Nicht zuletzt mit Blick auf die Sphäre eines Politischen, dessen Ausgangspunkte in der Kunst oder der Kulturtheorie selbst verortet werden, liegt es nahe, <die> Politik und ihre vermeintlichen Niederungen von sich zu weisen. Insofern sind weite Teile der politischen Theorie, aber auch einer Medienwissenschaft, welche die Existenz einer politischen Differenz bejaht, auch und gerade dort, wo sie sich den Fragen des Politischen widmen, nachgerade unpolitisch – und zwar im Sinne eines pejorativ gewendeten Begriffes von Politik als bloßer «Verwaltung einer bestehenden gesellschaftlichen Ordnung».⁵

Diese Haltung, die im Sinne einer Öffnung der Diskurse forschungsstrategisch sinnvoll sein mag, lässt sich jedoch nicht trennen von einer unhintergehbaren, tatsächlichen *Politik der Medienwissenschaft*, die sich – wie bei jeder anderen Wissenschaft auch – in den Erscheinungsweisen ihrer akademischen Realität konkretisiert, so etwa in der Form ihrer Disziplinierung, im Ringen um ein konsensuelles Selbstverständnis, in den Paradigmen gegenwärtiger Wissenschaftspolitik, den Strukturen des akademischen Arbeitsmarktes und, nicht zuletzt und mit nachhaltiger Wirkung, in der Praxis universitärer Lehre. Eine solche Politik der Medienwissenschaft (und dies ist selbst ein medienwissenschaftlicher Gemeinplatz) ist ja nur scheinbar der Sphäre bloßer «Verwaltung» zuzurechnen, sondern zwingt – der Logik des Medialen gleich – den Inhalten ihre Form auf. Die Rede von einer Unterscheidung des <Politischen> von der <Politik> müsste also daraufhin befragt werden, wie sie selbst ein Effekt jener Politik ist, den sie als Bereich bloßer institutioneller Abwicklung stillstellt und einhegt. Ein solches Nachdenken gestaltet sich allerdings eher als schmerzhafter Erkenntnisprozess denn als eitle Selbstbespiegelung. Doch gerade mit Blick auf eine Reflexion der Bedingungen der Möglichkeit von Erkenntnis und Kritik ließe sich medienwissenschaftliche Expertise einbringen (und genau dies ist ja auch in vielen medienwissenschaftlichen Texten immer wieder versucht worden). Denn hierbei gilt es, nach konkreten Praktiken und Verfahren des Politischen zu fragen und auf diese Weise sowohl einer Perspektive, nach der alles <irgendwie> politisch erscheint, eine Absage zu erteilen als auch der umgekehrten Sichtweise, welche Momente des Politischen einhegt und verknüpft, zu widersprechen.

Dass diese Versuche jedoch immer wieder dort an Grenzen stoßen, wo sie die eigene Lage mitbedenken müssten, möchte ich an drei Beispielen verdeutlichen. Diese scheinen auf den ersten Blick, zugegebenermaßen, ein wenig willkürlich, und sie weisen eine je eigene Logik und Komplexität auf, denen ihre Anführung im vorliegenden Kontext kaum gerecht werden kann. Sie können aber dennoch dazu dienen, einige Aspekte einer Politik der Medienwissenschaften zu erhellen.

⁵ Alexander García Düttmann, Ohne Politik, in: Thomas Bedorf, Kurt Röttgers (Hg.), *Das Politische und die Politik*, Berlin (Suhrkamp) 2010, 364–381, hier: 364.

Massage der Selbstzensur

Das erste Beispiel ist ein historisches. Einer der zentralen Texte unseres Fachs, Walter Benjamins *Kunstwerk*-Aufsatz, den dieser 1935 im Pariser Exil geschrieben

hat, beginnt in der letzten, von Benjamin autorisierten Fassung bekanntermaßen mit einem bemerkenswerten Vorwort. Dort rechtfertigt Benjamin, dass seine im Folgenden angestellten Überlegungen zwar nicht unmittelbar, wohl aber indirekt über eine Bedeutung für den revolutionären Kampf verfügten. Sie seien, so Benjamin, «für Zwecke des Faschismus vollkommen unbrauchbar. Dagegen sind sie zur Formulierung revolutionärer Forderungen in der Kunstpolitik brauchbar».⁶ Am 14. März 1936 protestiert Benjamin bei Max Horkheimer dagegen, dass – neben vielen anderen Kürzungen, die den Text «vollkommen unverständlich» gemacht hätten – sein Manuskript, das für eine Publikation in der *Zeitschrift für Sozialforschung* vorgesehen war, durch eine Reihe von Eingriffen um dessen politische Dimension gebracht worden sei. Beschwichtigend antwortet ihm Horkheimer wenige Tage später, er müsse alles dafür tun, um die Zeitschrift «als wissenschaftliches Organ davor zu bewahren, in politische Pressediskussionen hineingezogen zu werden».⁷ Horkheimer, der Angst davor hatte, in den USA für einen Kommunisten gehalten zu werden und sich in finanzieller Abhängigkeit befand, wollte Benjamins Vorwort am liebsten streichen, zumindest aber zu seiner jetzigen Fassung abmildern, so dass sich die revolutionären Forderungen auf die Kunstpolitik beschränkten.

Die Formen der Abhängigkeit vom Wohlwollen Dritter mögen sich heute gewandelt haben. An die Stelle offener Repression ist die geschmeidige Anpassung an die hegemonialen Wünsche von «Drittmittelgebern» getreten, welche die Rolle des Staates, der sich zunehmend aus der grundlegenden Finanzierung von Forschung zurückzieht, übernehmen. Das Schreiben von Anträgen und Berichten ist die wirksamste Form einer Massage, bei der Fremd- und Selbstführung zusammenfallen.

Anwendungsfallen

Bisweilen – und damit bin ich bei meinem zweiten Beispiel – werden Forderungen einer hegemonialen Fügung von Medienwissenschaft sogar expliziert. Im berüchtigten und erschöpfend diskutierten Papier des Wissenschaftsrats mit seinen *Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Kommunikations- und Medienwissenschaften* fand sich im Jahr 2007 ein Hinweis, der in den Debatten, die das Papier ausgelöst hat, fast immer überlesen wurde. Wörtlich heißt es:

Im Bereich der kommunikations- und medienwissenschaftlichen Forschung gibt es – trotz teilweise erheblichen politischen Handlungsdrucks – in großem Umfang offene Fragen [...]. Beispielhaft erwähnt seien an dieser Stelle lediglich die Probleme des Medienkonsums bei Jugendlichen oder in bildungsfernen Schichten. Daher fragt der Wissenschaftsrat auch, ob die notwendigen Forschungskapazitäten vorhanden und angemessen organisiert sind, um den gesellschaftlichen und politischen Beratungsbedarf decken zu können.⁸

Beklagt wird weiterhin ein «Transferdefizit»⁹: Erkenntnisse der Medienwissenschaft, so die kommunikationswissenschaftlichen und philologischen

⁶ Walter Benjamin, *Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit*, Studienausgabe mit einem Kommentar von Detlev Schöttker, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 2007, 10.

⁷ Benjamin, *Das Kunstwerk*, 71.

⁸ Wissenschaftsrat, *Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Kommunikations- und Medienwissenschaften*, 14, dort datiert 25.5.2007, <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/7901-07.pdf>, zuletzt gesehen am 20.7.13.

⁹ Wissenschaftsrat, *Empfehlungen*, 83.

GutachterInnen des Wissenschaftsrats, erreichten nicht die Sphäre der Beratung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

In solchen Aussagen offenbarten sich ein unverhohlenes Nützlichkeitsdenken und ein technisches Politikverständnis, das jedem emanzipatorischen Politikverständnis zuwiderläuft. Die Reaktion der Medienwissenschaft, das eigene Tun als das einer Grundlagendisziplin zu apostrophieren, lässt sich vor diesem Hintergrund nicht nur als Antwort auf die absurde Forderung des Wissenschaftsrats, nach der Medienwissenschaft keine grundständigen Studiengänge anbieten möge, lesen. Sie erschließt zumindest die Option, die nunmehr auf Distanz gehaltenen «Fragen» der Politik – mit überlegener Geste als «bereits falsch gestellt» klassifiziert – *per se* zu verabschieden. Für jenen Teil von Medienwissenschaft, der das eigene Tun in einem emphatischen Sinne als «gesellschaftliche Praxis» begreift, kann dies jedoch keine Perspektive sein.¹⁰ Tatsächlich gibt es einen großen gesellschaftlichen Bedarf nach Antworten, allerdings auf andere Fragen als jene nach dem «Medienkonsum [...] in bildungsfernen Schichten». So etwa mit Blick darauf, dass die gegenwärtigen «Krisen» Ausweis einer grundlegenden Entwicklungslogik des *Kapitalistische[n] Realismus*¹¹ sind und dass es gilt, in der politischen Theorie und Praxis alternative Strukturierungen zu entwickeln. Was, wenn überhaupt, kann Medienwissenschaft an dieser Stelle beitragen?

Ich möchte zur Beantwortung dieser Frage ein Erlebnis anführen, das als solches natürlich nicht beanspruchen kann, in einem über das Anekdotische hinausweisenden Sinne Geltung zu haben – vor allem nicht im Sinne sozialwissenschaftlicher Empirie. Und doch erscheint es mir für den hier verhandelten Zusammenhang hilfreich, denn es schließt an das an, was ich die Politik der Medienwissenschaft genannt habe.

Emotionales Selbstmanagement

Vor einigen Semestern habe ich als Lehrbeauftragter an zwei unterschiedlichen Hochschulen unterrichtet, einmal in einem BA-Studiengang, das andere Mal auf Master-Niveau. Das Seminar hatte beides Mal – in leichter Variation – dasselbe Thema: Es ging um Politiken des Fernsehens und zwar aus der Perspektive der *Governmentality Studies*. Der eigentliche Unterschied zwischen beiden Seminaren lag im Bildungsweg der Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Die einen waren im zweiten Semester und damit am Anfang ihres akademischen Weges, die anderen im Master und somit am Ende ihres Studiums. Mit dem Abstand von einer Woche wurde in beiden Seminaren derselbe Text von Ulrich Bröckling diskutiert – ein Aufsatz,¹² in dem sich Bröckling fragt, wie Menschen mit der «unternehmerischen Anrufung» umgingen, mit der Tendenz also, dass so Bröckling, in einer Kontrollgesellschaft das Primat eines unternehmerischen Selbsts die bestimmende Subjektivierungsweise darstelle. Dabei unterscheidet der Autor, Max Weber gleich, drei «Idealtypen», deren Umgangsweisen je spezifisch ausfielen: «Enthusiasten» (welche die neoliberalen Freiheitsversprechen

¹⁰ Gesellschaft für Medienwissenschaft, *Medienwissenschaft – Selbstverständnis, Forschungsfragen, Wissenschaftspolitik*, <http://www.gfmmedienwissenschaft.de/gfm/selbstverstaendnis/>, 2008; vgl. Ulrike Bergermann, *Media mainstreaming?*, <http://www.gfmmedienwissenschaft.de/gfm/webcontent/files/positionen-bergermann-medrez.pdf>, beide gesehen am 20.7.2013.

¹¹ Vgl. Mark Fisher, *Kapitalistischer Realismus ohne Alternative? Eine Flug-schrift*, Hamburg (VSA) 2013.

¹² Ulrich Bröckling, *Enthusiasten, Ironiker, Melancholiker. Vom Umgang mit der unternehmerischen Anrufung*, in: *Mittelweg* 36, Heft 4, 2008, 80–86.

begrüßten), «Ironiker» (die sich vordergründig anpassten, aber letztlich nicht an die Ideen, denen sie folgten, glaubten) und schließlich «Melancholiker» (die «mal mit empörter, mal mit trauriger Stimme»¹³ klagten). In beiden Seminaren habe ich abschließend die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefragt, mit welchem Typ sie sich persönlich am ehesten identifizieren könnten. Die erste Abstimmung mit Zweitsemestern im BA-Studiengang ergab 20% Enthusiasten, 80% Ironiker, und niemanden, der sich als melancholisch bezeichnen mochte. Die zweite Abstimmung, eine Woche später und mit Master-Studierenden, ergab ein gegensätzliches Bild: Es gab keinen einzigen Enthusiasten, 40% hielten sich für Ironiker und eine Mehrheit von 60% beschrieb sich als Melancholiker. Der Einwand, ob nicht auch noch ganz andere Modelle jenseits der Affirmation denkbar wären, kam übrigens nur im BA-Seminar.

Mikroverstrickungen

Worauf ich hinaus will, ist, dass offenbar etwas mit Studierenden, die an eine Hochschule kommen und Medienwissenschaft studieren, geschieht: Sie werden zu Melancholikern. Oder, vorsichtiger formuliert: Melancholie erscheint ihnen als eine erfolgversprechende Strategie, der «unternehmerischen Anrufung», die ein geisteswissenschaftliches Studium darstellt, entgegenzutreten. Mit Menschen aber, die sich für Melancholie entschieden haben, ist keine politische Veränderung zu denken. Melancholie ist die unter Intellektuellen sozial akzeptierte Form, sich mit dem Bestehenden zu arrangieren, ohne sich zufrieden zu geben, aber auch, ohne sich zu aufzulehnen.¹⁴ Und tatsächlich ist der Wissenschaftsbetrieb – wie wenige andere Bereiche – eine gesellschaftliche Sphäre, die in besonders eindringlicher und signifikanter Weise von gouvernementalen Formen der Macht gekennzeichnet und nach Prinzipien des Neoliberalismus organisiert ist. Wie soll ausgerechnet eine Maschine, die solche Subjekte hervorbringt, dazu beitragen, alternative Vorstellungen des Politischen zu entwickeln? Bevor man sich der Frage nach der Unterscheidung von Politik und dem Politischen oder der Festlegung des Politischen als diskursivem Machtmechanismus zuwendet, müsste es darum gehen, die eigene Verstrickung in das, was Gilles Deleuze und Félix Guattari *Mikropolitiken der Macht* genannt haben, zu bedenken. Das notwendige Projekt einer Hinwendung zum Politischen müsste Einfluss auf alle Ebenen wissenschaftlicher Praxis, also Politik haben: Auf die Formierung von Gegenständen, auf theoretische Modelle, auf Methoden und Fragestellungen genauso wie auf didaktische Prinzipien und die Organisation der Akademien und Universitäten selbst. Diese Ebenen unterscheiden sich voneinander, und deshalb müssen auch die Fragen nach den jeweiligen Politiken und die zu entwickelnden Strategien der Intervention jeweils andere sein. Keine neue Forderung, gewiss. Die gegenwärtige Tendenz einer Hinwendung zu Fragen des Politischen könnte jedoch kaum weiter davon entfernt sein.

¹³ Bröckling, Enthusiasten, 85.

¹⁴ Melancholie ist zudem ein hochgradig gegendertes Selbst- und Weltverhältnis, nämlich eines, das üblicherweise eine unter Intellektuellen akzeptierte Form von Männlichkeit darstellt. Tatsächlich werden die Subjekte im Laufe der «Karriere» im System der Akademien ja auch männlicher. Das Geschlechterverhältnis kehrt sich – auf jeder Hierarchiestufe deutlicher – letztlich um, und den überwiegend weiblichen Studierenden in kulturwissenschaftlichen Fächern steht schließlich eine Mehrheit männlicher Professoren gegenüber.